

PB.W-01-167 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Antragsteller*in: BAG Ökologie
Beschlussdatum: 12.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 166 bis 173 einfügen:

gesetzlichen Grundlagen dafür, um alle Produkte lange zu verwenden, reparieren und recyceln zu können. **Dazu soll die im Kreislaufwirtschaftsgesetz definierte „Abfallhierarchie“ zu einer „Kreislaufwirtschaftshierarchie“ weiterentwickelt werden.** Im Ergebnis heißt das bis 2050: kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit stärkeren Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten Förderprogrammen. **Wir wollen Normungs- und Standardisierungsverfahren für Sekundärrohstoffe einführen und Mindesteinsatzquoten dafür festschreiben. Subventionen für Primärrohstoffe wollen wir abbauen und diese zusätzlich besteuern.** Bis 2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digitalen Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design, Reparierbarkeit und Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen. **Dieser soll auch für die Verbraucher*innen beim Kauf einfach einsehbar sein.**

Begründung

- Kreislaufwirtschaftshierarchie: Die **Abfallhierarchie bildet die gesetzliche Grundlage und Orientierung für die „Kreislaufwirtschaft“** in Deutschland. In der jetzigen Form **fokussiert sie jedoch auf den Abfallbereich** und verfehlt das Ziel eine richtige Kreislaufwirtschaft zu etablieren, in der Abfälle von vorneherein vermieden werden und Ressourcen hochwertig in Kreisläufe zurückgeführt werden. Für eine wirkliche Kreislaufwirtschaft bedarf es einer Weiterentwicklung der Abfallhierarchie, wie der Sachverständigenrat für Umweltfragen – das höchste wissenschaftliche Beratungsgremium der Bundesregierung – im aktuellen Umweltgutachten darlegt.[1] Konkret heißt dies, dass die Abfallhierarchie um zwei weitere Ebenen ergänzt werden muss: 1) das vorrangige Ziel der „Verringerung der Stoffströme“ sowie 2) „Produkte kreislaufwirtschaftsfähig gestalten“.
- Weitere Politikinstrumente zum Etablieren einer Recycling- und Reparaturindustrie: Die im derzeitigen Entwurf aufgeführten Maßnahmen reichen nicht aus, um das hoch gesteckte Ziel „kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von Ressourcen und Rohstoffimporten verringert“ zu erreichen. Die drei im derzeitigen Entwurf aufgeführten Politikinstrumente bestehen in vielen Bereichen bereits und haben bis dato nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. **Es fällt schwer, zu glauben, dass lediglich ein Nachjustieren bei der Höhe von Recyclingquoten oder Herstellerverpflichtungen ausreicht.** Aus diesem Grund sollten weitere konkrete Instrumente und Maßnahmen bereits jetzt gefordert werden: Um eine „Recyclingindustrie“ zu etablieren, bedarf es

funktionierender Märkte für Sekundärrohstoffe. Daher sollten schädliche Subventionen für Primärrohstoffe abgebaut werden sowie externe Effekte eingepreist werden, z. B. durch die zusätzliche Besteuerung dieser Rohstoffe. Mindesteinsatzquoten für Sekundärmaterialien könnten Sekundärrohstoffen, wie z.B. im Kunststoffbereich, den nötigen Nachfrage-Anschub geben, der derzeit fehlt. Normung und Standardisierungsbestrebungen werden sicherstellen, dass Produzenten auf die Qualität von Sekundärmaterialien vertrauen können und Konsumenten keine Schadstoffe in Produkten aus Sekundärmaterialien fürchten müssen. Informationskampagnen sollen sicherstellen, dass Konsumenten und Produzenten informierte, nachhaltigere Entscheidungen treffen können. Der SRU sowie auch Industrieorganisationen fordern die Umsetzung dieser Maßnahmen seit langem. [2]

[1] SRU, "Für Eine Entschlossene Umweltpolitik in Deutschland Und Europa - Umweltgutachten 2020."

[2] vgl. z. B. BDE, "7 Forderungen Des BDE Zur Bundestagswahl 2021" (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE), 2021), <https://www.bde.de/presse/forderungskatalog-btw-2021-politische-verantwortung-green-deal/>; SRU, "Für Eine Entschlossene Umweltpolitik in Deutschland Und Europa - Umweltgutachten 2020."